

# IMPERIALISTISCHE ÜBERSEE- UND MISSIONSPOLITIK

dargestellt am Beispiel Chinas \*

von Sr. *Benedicta Wirth CRSA*

## DAS DEUTSCHE REICH

In bezug auf das Verhältnis deutscher imperialistischer Politik und Missionspolitik in China stellen sich der Untersuchung zwei Fakten: die Übernahme des Protektorats über die deutsche katholische Mission in Süd-Shantung durch das Deutsche Reich 1890 und die Besetzung von Kiautschou 1897, nach der Ermordung zweier deutscher Missionare. Über beide Ereignisse existiert eine nicht geringe Zahl quellenmäßiger und publizistischer Zeugnisse, die jedoch wegen der tendenziösen Färbung, an der sie ausnahmslos alle krankten, nur mit Vorbehalt als aufschlußreiches Material gewertet werden können<sup>1</sup>. Es gilt, das, was auf französischer Seite im Gefühl nationaler Gekränktheit dramatisiert, aus deutscher katholischer Feder auf den Ton apologetischer Rechtfertigung gestimmt, in deutschen protestantischen Äußerungen polemisch vergrößert, von deutscher Regierungsseite propagandistisch ausgewertet und in kommunistischen Kommentaren ideologisch determiniert ist, auf seinen historischen Sachverhalt zu reduzieren, um das Ausmaß der Inanspruchnahme und aktiven Beteiligung der deutschen katholischen Mission in Shantung<sup>2</sup> bei Deutschlands chinesischen Unternehmungen festzustellen.

\* Vgl. ZMR 51 (1967) 105—132, 209—231

<sup>1</sup> Auf Anfrage beim Archiv der *Gesellschaft des Göttlichen Wortes* in Rom, deren Missionare hauptsächlich mit den deutschen Unternehmungen in China in Verbindung zu bringen sind, wurde mitgeteilt, daß erhebliches Material zu dem ganzen Komplex, vornehmlich zur Protektoratsfrage, vorhanden sei, man eine Publikation aber nicht für opportun halte, da ergänzende vatikanische, französische und chinesische Dokumente noch nicht freigegeben seien. Die anhand der zugänglichen einander z. T. widersprechenden zeitgenössischen Missionsliteratur versuchte Herstellung von Kausalitätsbeziehungen innerhalb der Komplexe „Mission der Steyler in China“, „Kulturkampf“, „Deutsches Missionsprotektorat“, „Besetzung von Kiautschou“ könnte daher u. U. bei genauerer Aktenkenntnis das Wie dieser Beziehungen modifizieren und anders akzentuieren. An ursächlichen Zusammenhängen als solchen darf aber wohl festgehalten werden.

<sup>2</sup> Es handelt sich hier um die Mission der Gesellschaft des Göttlichen Wortes, nach ihrem holländischen Gründungsort auch als Steyler bekannt. Die Gesellschaft war 1875 von dem Deutschen Arnold Janssen gegründet worden und hatte 1879 zwei ihrer Mitglieder, Johann Baptist Anzer und Joseph Freinademetz, nach China geschickt, wo ihnen 1882 das Gebiet von Süd-Shantung als Vikariat zugeteilt worden war. Mit der deutschen Chinapolitik ist lediglich dieses Vikariat von Süd-Shantung in Verbindung zu bringen.

Das Vorspiel zum deutschen Protektorat über die katholische Mission in Shantung wie der Akt der Übernahme als solcher sind im größeren Bezugsrahmen einerseits der von den verschiedensten Seiten versuchten Durchlöcherung des französischen Missionsprotektorats in China, andererseits der religionspolitischen Lage im Deutschen Reich zu sehen. Bismarck ließ 1882 das Pariser Auswärtige Amt wissen, das Deutsche Reich werde in Zukunft den Schutz der deutschen katholischen Mission der Steyler in Shantung selbst übernehmen<sup>3</sup>. Bismarck, seit Ende der 70er Jahre auf der Suche nach Möglichkeiten zum Abbau des Kulturkampfes, mag in diesem Protektionsangebot eine Gelegenheit erblickt haben, ohne allzu viel Prestigeverlust dem Vatikan wie dem deutschen Katholizismus eine relativ unverbindliche und doch nicht unwirksame Konzession zu machen. Dieser erste Schritt blieb jedoch zunächst nur eine Episode, noch ohne politische Konsequenzen, da man dem französischen und vatikanischen Widerstand von deutscher Seite her keine weiteren Initiativen in dieser Angelegenheit entgegenbrachte. Mehr als eine diplomatische Demarche „pro forma“ darf in ihm zunächst wohl nicht gesehen werden, denn angesichts der noch wenig entwickelten Steyler Mission wäre ein missionspolitisches Engagement Deutschlands in China, vom politischen Ertrag her gesehen, mehr ein nominelles denn ein substantielles Unternehmen gewesen. Zudem war die deutsche Chinapolitik von Anfang an auf Vorsichtigkeit und Zurückhaltung gestimmt und vornehmlich kommerziell orientiert. Bzgl. der Missionare äußerte man noch 1884 den Grundsatz, ihre Bestrebungen in Ostasien „amtlich nicht zu fördern“, aus Furcht vor einem „unerwünschten Verhältnis zur dortigen Regierung“ infolge der häufigen Missionszwischenfälle<sup>4</sup>.

Bei aller Reserve gegenüber der Missionsfrage scheint jedoch das Protektoratsprojekt weder von Berlin noch vom deutschen Diplomatenstab in China fallengelassen worden zu sein. Offensichtlich versprach man sich zumindest einen Prestigezuwachs von der Sache.

Die vornehmlich in Erscheinung tretenden Akteure bei den ab 1886 energischer einsetzenden Bemühungen auf ein deutsches Protektorat in China hin waren einmal der deutsche Gesandte in Peking, Max von Brandt, zum anderen der Leiter der katholischen Mission in Shantung, der Steyler Bischof Johann Baptist Anzer. Brandt, dessen Helfershelferdienste bei den diversen Versuchen anderer europäischer Regierungen, das französische Missionsprotektorat zu durchlöchern, zwar nicht schlüssig bewiesen, aber doch auf Grund seiner anerkannten Gallophobie angenommen werden können, begann ab 1886 Verhandlungen mit dem

<sup>3</sup> Vgl. H. STOECKER: *Deutschland und China im 19. Jahrhundert* (Berlin 1958) 243. — Das Buch steht ideologisch unter kommunistischem Vorzeichen — der Verfasser stammt aus Ost-Berlin —, bietet aber eine in sachlicher Hinsicht einwandfreie Materialsammlung.

<sup>4</sup> So der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Busch, an den deutschen Gesandten in Peking, von Brandt. Vgl. ebd. 244 f

Tsungli Yamen zu führen zwecks Ausstellung deutscher Pässe für deutsche katholische Missionare. Die deutschen Pässe sollten dieselbe rechtliche Schutzgarantie für Reisen ins Landesinnere geben wie die im Artikel 8 des französisch-chinesischen Vertrags von Tientsin erwähnten französischen. Im August 1888 stimmte die Pekingener Regierung zu und gab entsprechende Anweisungen an die Lokalbehörden<sup>5</sup>. Wirksam konnte eine deutsche Protektion aber erst werden, wenn die deutschen Missionare ihrerseits zur Annahme deutscher Pässe bereit waren. Französischer Widerstand gegen die deutschen Protektionspläne und Druck auf den Vatikan ließen Anzer und seine Missionare hinsichtlich der Annahme deutscher Pässe zögern, zumal auch das Tsungli Yamen auf französische Intervention hin seine zugesagten Schutzgarantien zurückgezogen hatte<sup>6</sup>. Brandt appellierte daraufhin an das patriotische Pflichtgefühl der deutschen Missionare, die, nach vorangegangenem Abwägen des Für und Wider, schließlich „einstimmig“ zu der Ansicht kamen, „es sei gewiß wünschenswert und den Verhältnissen der Mission, der Nationalität der Missionare und der Missionsfreunde, die sie unterstützten, entsprechender, daß die Mission nicht unter fremdländischem, sondern unter deutschem Schutz stehe“<sup>7</sup>.

Auf den ersten Blick mag es aussehen, als sei Anzers Antrag auf Schutz durch das Deutsche Reich vom November 1890 — die offizielle Übernahme des deutschen Protektorats erfolgte am 24. November — ganz folgerichtig aus patriotischen und nationalen Rücksichten heraus geschehen, zumal der Gesandte von Brandt diesen Aspekt herausstrich und Anzers Entschluß als „eine ebenso patriotische, wie aner kennenswerte Tat“ honorierte und die chinesische Regierung zur Dekorierung des Bischofs veranlaßte<sup>8</sup>.

In Wirklichkeit scheinen auf seiten der Regierung wie der Mission nicht nur prestige- und nationalpolitische Momente mitgespielt zu haben, sondern in erheblichem Maße auch solche, die sich aus der innenpolitischen Situation des Deutschen Reiches ergaben, vornehmlich aus dem trotz der offiziellen Beendigung des Kulturkampfes 1887 noch fortbestehenden spannungsgeladenen Verhältnis zwischen Regierung und Katholizismus.

Vom 22. November 1890 ist ein aufschlußreicher Brief Anzers an den französischen Gesandten in Peking, L e m a i r e, überliefert, worin der

<sup>5</sup> Vgl. M. VON BRANDT, *Dreiunddreißig Jahre in Ostasien* (Leipzig 1901), 76 f

<sup>6</sup> Vgl. J. BECKMANN: *Die katholische Missionsmethode in China in neuester Zeit* (Immensee 1931) 24

<sup>7</sup> A. HENNINGHAUS: *Pater Joseph Freinademetz* (Yenchowfu 1926) 245. — Freinademetz und Henninghaus waren enge Mitarbeiter Anzers. — Vgl. zum Standpunkt der Steyler Missionare in der Protektoratsfrage ferner J. THAUREN: *Die Missionen in Schantung* (Kaldenkirchen 1931) 42 f

<sup>8</sup> a. a. O., 77. — Über die Erhebung Anzers in chinesisches Rang vgl. ferner H. AUF DER HEIDE: *Die Missionsgenossenschaft von Steyl* (Steyl 1900) 260 f und H. FISCHER: *Arnold Janssen* (Steyl 1919), 251 ff

Bischof sein gutes Verhältnis zum französischen Protektorat beteuert und die Errichtung eines deutschen bedauert. Zur Annahme des letzteren habe ihn leider die unglückliche Entwicklung der deutschen Verhältnisse bewogen<sup>9</sup>. Schon einige Monate vorher, am 23. Juni 1890, hatte Anzer an dieselbe Adresse geschrieben: „Infolge wiederholten Drängens meiner Obern bin ich bereit, neue Schutzherren anzunehmen“<sup>10</sup>.

Deutlicher zeichnen sich die Beweggründe für die Annahme der deutschen Protektion in einer 1889 von Anzer gemachten Bemerkung ab: Der Augenblick sei gekommen, wo Deutschland die neue Pflanzstätte katholischer Missionen werden, wo das Deutsche Reich seine Pforten den Missionsgesellschaften wieder öffnen müsse<sup>11</sup>. Vollends unmißverständlich klärt ein Artikel des von den Steylern herausgegebenen *Michaelskalenders* die Hintergründe der missionarischen Erwägungen: „So wiesen . . . manche Verhältnisse unserer Missionare auf die Annahme des deutschen Schutzes hin, wie auch das Interesse unserer ganzen Gesellschaft darauf hinführte. Denn jedem Einsichtigen muß es doch klar sein, daß eine Missionsgesellschaft, die ihre Candidaten, ihre Gaben bisher fast ganz oder doch zum weitaus größten Teil aus Deutschland erhalten hat, nicht dauernd von der deutschen Erde verbannt bleiben darf, daß sie im Vaterland eine Niederlassung haben muß. Die Erlaubnis der Regierung zu einer solchen Niederlassung und zwar unter den für eine Missionsanstalt nöthigen Bedingungen konnte aber am ehesten durch die von der deutschen Regierung so sehr gewünschten Annahme des deutschen Protektorats erlangt werden . . .“<sup>12</sup>.

Diese Äußerungen, gegen den Hintergrund der religionspolitischen Situation im Deutschen Reich gehalten, erlauben mit einiger Berechtigung den Schluß auf einen „Handel“ zwischen der Steyler Missionsgesellschaft und der Berliner Regierung: Für das Zugeständnis des Protektorats über ihre Mission verlangte die Steyler Gesellschaft ihre Zulassung auf deutschem Boden, wo sie wegen des Kulturkampfes nicht hatte gründen können. Die zeitliche Koinzidenz der Beendigung des Kulturkampfes durch die sog. *Friedensgesetze* von 1886/87 und der Beginn der Protektionsverhandlungen ist sicher kein Zufall. In die Revisionsgesetze war nominell die Aufhebung des *Verbannungsgesetzes* — Aufenthalts- und Betätigungsverbot für Ordensleute auf deutschem Boden — noch nicht einbezogen, stand aber nach Lage der Dinge für die nähere Zukunft in Aussicht. Das Protektionsangebot an die Regierung mag den Verantwortlichen der Steyler Gesellschaft als eine Art „Akzelerationsmittel“ für ihre Zulassung im Deutschen Reich erschienen sein. Es widerspricht dem Gedanken des „do ut des“ nicht, daß die Revokation des

<sup>9</sup> Vgl. H. CORDIER: *Histoire des relations de la Chine avec les puissances occidentales 1860—1900*, 3 Bde, (Paris 1901/02) III 184 f

<sup>10</sup> Zit. nach BECKMANN: *Katholische Missionsmethode*, 24 f

<sup>11</sup> Vgl. J.-L. DE LANESSAN: *Les missions et leur protectorat* (Paris 1907), 204

<sup>12</sup> Jg. 13 (1892) Sp. 187

Verbannungsgesetzes, Mai 1890, zeitlich vor dem offiziellen Protektionsgesuch Anzers an die deutsche Regierung, November 1890, lag, also von Regierungsseite das erste Zugeständnis gemacht wurde. Daß die Regierung in der Verbannungsfrage die Initiative ergriff, mag als *captatio benevolentiae* dem Vatikan gegenüber gedacht gewesen sein, der in der deutschen Protektionsfrage eine zögernde Haltung einnahm und den man durch ein Entgegenkommen sich verpflichten wollte. An der Kurie stand die frankreich-freundliche Partei unter dem Kardinalstaatssekretär Rampolla gegen die in der deutschen Sache engagierte unter dem Präfekten der Propaganda Simeoni und den beiden deutschen Kurienkardinälen Melchers und Ledochowski. Leo XIII. selbst schwankte, welchem seiner beiden Konzepte, der *Ralliement*-Politik gegenüber Frankreich oder der Entspannungspolitik gegenüber dem Deutschen Reich, er den Vorrang geben sollte. Der Ausweg, Anzer in einem Brief vom 23. Oktober 1890 die Wahlfreiheit zwischen dem Verbleib unter dem französischen und der Unterstellung unter das deutsche Protektorat zu lassen, war, politisch gesehen, geschickt. Indem Leo XIII. Anzer die Entscheidung überließ, nahm er etwaigen französischen Vorwürfen gegen sich im voraus den Wind aus den Segeln. Im Hinblick auf das Deutsche Reich verblieb ihm der Aktivposten manifestierten Versöhnungswillens<sup>13</sup>.

Anzers Beweggründe für die Annahme der deutschen Protektion sind im Komplex der schon erwähnten Interessen seiner Genossenschaft zu suchen, die mit der formalen Aufhebung des Verbannungsgesetzes nur erst eine vorläufige Befriedigung gefunden hatten. Die praktische Durchführung der Gründung auf deutschem Boden begegnete noch erheblichen Verzögerungen durch Schwierigkeiten vornehmlich finanzieller und technischer Art. Die ersten Wieder- bzw. Neugründungen von Missionsgesellschaften in Deutschland — darunter auch ein Haus der Steyler in Neiß/Oberschlesien — erfolgten 1892<sup>14</sup>. 1890 war also das Protektionsangebot an die Regierung nicht nur ein Akt der Honorierung erhaltener Zugeständnisse, sondern hatte durchaus noch Zukunftsdimensionen.

Zu den praktischen Erwägungen kam, sozusagen als ideologische Untermauerung, ein gut Teil ehrlichen Patriotismus, eben die Überzeugung, daß eine deutsche Mission nur unter deutschem Schutz stehen könne, und die Freude über die Tatsache, daß „der deutsche Reichsadler . . . schützend

<sup>13</sup> Über die Haltung der Kurie bzgl. der Errichtung eines deutschen Protektorats in China vgl. zum Teil einander widersprechende Hinweise bei BECKMANN: *Katholische Missionsmethode*, 24 f; CORDIER, a. a. O. III, 84 ff; G. M. FIAMINGO: Die Politik Leos XIII. und seine Diplomatie. *Deutsche Revue* Jg. 23,2 (Stuttgart 1898); PINON-MARCILLAC: *La Chine qui l'ouvre* (Paris 1900) 88 ff; STOECKER, a. a. O., 249 f

<sup>14</sup> Vgl. die statistischen Angaben über Gründungen von katholischen Missionsgesellschaften in Deutschland ab 1892 bei R. STREIT: *Die katholische deutsche Missionsliteratur* (Aachen 1925) 55 f

seine Fittiche über Süd-Shantung ausgebreitet“ hatte, war eine wirklich empfundene<sup>15</sup>. Zudem scheint für Anzer, einen Mann mit ausgeprägtem Sinn für „publicity“, die Rolle eines „vaterländischen Helden“ viel Verlockendes gehabt zu haben, worauf sehr geistreich der ehemalige preußische Diplomat und für die Protektionsangelegenheit zuständige Mitarbeiter im Auswärtigen Amt, Ludwig Raschdau, in seinen Erinnerungen hinweist: „Der genannte Bischof war jetzt nach Berlin gekommen, um sich in seinem neuen Verhältnis vorzustellen. Er fühlte sich sehr in dieser Rolle und schien sich mit großen Plänen zu tragen. Ich taufte ihn den deutschen Lavigerie; wie dieser in Nordafrika, so glaubte jener in Ostasien und darüber hinaus zu einer großen Zukunft berufen zu sein“<sup>16</sup>.

1891 lohnte Wilhelm II. Anzer die „patriotische Tat“ durch Verleihung des Kronenordens Zweiter Klasse mit Stern; der bayrische Prinzregent — Anzer war gebürtiger Bayer — zeichnete ihn mit dem Michaelsorden aus<sup>17</sup>.

Es ist eine Überbewertung, Deutschlands Interesse an einem partiellen Missionsprotektorat in China als die Suche nach einem „moralischen Prinzip“ zur Überhöhung militärischer und wirtschaftlicher Ambitionen auszulegen und die Steyler Missionare, die „évadés du Kulturkampf“, als die „meilleurs pionniers de la grandeur allemande“ in Ostasien zu apostrophieren<sup>18</sup>. Solch weltpolitische Perspektiven sind der Protektorats-

<sup>15</sup> So Anzers Mitarbeiter Freinademetz. Zit. nach BECKMANN: *Katholische Missionsmethode*, 25

<sup>16</sup> *Unter Bismarck und Caprivi* (Berlin 1939) 240

<sup>17</sup> Vgl. HENNINGHAUS, a. a. O., 566, 1. — Mit Bezugnahme auf die Verleihung eines bayrischen Ordens an Anzer vermutet ein protestantischer Kommentator, Anzer sei überhaupt durch den bayrischen Prinzregenten in Berlin eingeführt worden. Vgl. F. NIPPOLD: *Bischof Anzer, Berliner amtliche Politik und die evangelische Mission* (Berlin 1905) 31. — Für das Jahr 1891 lassen sich tatsächlich bayrische Initiativen bzgl. eines deutschen Missionsprotektorats in China nachweisen. So führte der Nuntius in München, Agliardi, Verhandlungen mit Anzer in dieser Sache, während der bayrische Gesandte beim heiligen Stuhl, Baron von Cetto, dem Kardinalstaatssekretär Rampolla den Wunsch seiner Regierung vortrug, die ganze deutsche Chinamission unter deutschem Schutz zu sehen. Vgl. CHAO-KWANG WU: *The International Aspect of the Missionary Movement in China* (London 1930), 92; Pinon-Marcillac, a. a. O., 101

<sup>18</sup> Vgl. PINON-MARCILLAC, ebd., 85 und 97. — Das Anzer um die deutsche Protektion nachgesucht habe, weil die französische Gesandtschaft in Peking die von ihm gewünschte Missionsgründung in Jentschoufu, der Geburtsstadt des Konfuzius, mit nicht genügend Nachdruck betrieben, er sich von einer deutschen Intervention durch Brandt dagegen schnelleren Erfolg versprochen habe, kommt als vordergründige Erwägung und persönliches Motiv Anzers durchaus auch in Betracht, zumal er selbst sich später in dieser Weise äußerte: „Wer weiß, wie oft ich um Jentschoufu nach Peking... gelaufen bin! Stöße von Briefpapier wurden verschrieben, aber alles vergebens!... Das war einer der Gründe, warum ich mich endgültig entschloß, die deutsche Protektion anzu-

angelegenheit allenfalls aus der Retrospektive, von den späteren Ereignissen um die deutsche Festsetzung in Kiautschou her, zu unterlegen. 1890 hatte das deutsche koloniale Konzept durchaus noch keine imperialistischen Dimensionen, in denen die Missionare eine Formulierung als Pioniere deutschen Einflusses hätten finden können. Bismarck<sup>19</sup>, in kolonialpolitischen Dingen ohnehin nicht mit viel Enthusiasmus und wiklichem Engagement bei der Sache, hätte zudem bei seiner Abneigung gegen alle ethische Verbrämung realpolitischen Kalküls für eine Verquickung missionarischer und politisch-wirtschaftlicher Interessen kaum Sympathien gehabt. Ausschlaggebend für die Errichtung des deutschen Protektorats über die katholische Mission in Shantung waren die aufgeführten innenpolitischen Spekulationen.

Der „Handel“ zwischen der deutschen Regierung und der Steyler Missionsgesellschaft entbehrt sicher nicht eines politischen Anstrichs. In bezug auf das Zusammengehen deutscher imperialistischer und Missionsinteressen in China hatte er jedoch weniger Aktualitäts- als Zukunftsbedeutung, und zwar im Hinblick auf den Zusammenhang der deutschen Festsetzung in China mit der Ermordung zweier Steyler Missionare.

Die Ereignisse um die deutsche Besetzung von Kiautschou am 14. November 1897 bieten sich einer oberflächlichen Lesart in folgendem Ablauf dar: Am 1. November 1897 wurden in Shantung die beiden Steyler Patres Nies und Henle von Anhängern einer chinesischen Sektierergruppe ermordet. Die Nachricht erreichte am 4. November den in Steyl sich befindenden Anzer, dessen Reaktion — laut eigenem Zeugnis — einmal ein Gebet zu Gott, zum anderen ein Appell an den deutschen Kaiser mit Bitte um wirksamen Schutz für die Missionare und ihre Herde war<sup>20</sup>. Am 5. November reiste Anzer nach Berlin, wo er sowohl Wilhelm II. als auch dem Reichskanzler H o h e n l o h e „aufs unzweideutigste erklärte“, daß die deutsche Festsetzung in Kiautschou „eine Lebensfrage sei, nicht nur für das Gedeihen, sondern geradezu für den Fortbestand der chinesischen Mission“<sup>21</sup>. Die Besitzergreifung Kiautschous erfolgte am 14. November ausdrücklich unter dem Motiv der

nehmen...“ Zit. nach Ph. HORBACH: *Bischof von Anzers China-Mission in ihren Beziehungen zur Politik* (Marburg 1901) 15; vgl. ferner R. ALLIER: *Les troubles de Chine et les missions chrétiennes* (Paris 1901), 70 f

<sup>19</sup> Die offizielle Übernahme des Protektorats geschah zwar unter Bismarcks Nachfolger Caprivi, die Vorverhandlungen hatten aber noch unter der Kanzlerschaft Bismarcks stattgefunden. — Über Bismarcks innenpolitische Sicht kolonialer Unternehmungen vgl. FRAUENDIENST: *Deutsche Weltpolitik. Die Welt als Geschichte* Jg. 19 (Stuttgart 1959), 5

<sup>20</sup> Vgl. seinen Brief an die Redaktion der *Annales de la Propagation de la Foi*, abgedruckt im Jg. 71 (Lyon 1899) 205 ff. — Dort heißt es wörtlich: „Mon premier mouvement fut une prière à Dieu, mon second fut un appel à l'Empereur de l'Allemagne, le priant de soutenir efficacement mes collaborateurs et mon troupeau.“

<sup>21</sup> So Bülow im Reichstag am 8. Februar 1898. RT Bd. 160, 895

Sühneforderung für den Mord an den Missionaren<sup>22</sup>. Diesen Aspekt stellte auch Wilhelm II. in der Thronrede zur Eröffnung des Reichstags am 30. November 1897 in den Vordergrund: „Die Ermordung deutscher Missionare und die Angriffe auf eine der unter Meinem Kaiserlichen Schutze stehenden und Mir am Herzen liegenden Missionsanstalten in China haben Mich genötigt, Mein ostasiatisches Geschwader in die dem Tatort nächstgelegene Kiautschou-Bucht einlaufen und Truppen dort landen zu lassen, um volle Sühne und Sicherheit gegen Wiederkehr ähnlicher beklagenswerter Ereignisse zu erlangen<sup>23</sup>.“

Mit dem Ton moralischer Entrüstung über die wieder einmal klar zutage getretene Verquickung katholischer und politischer Interessen nahmen sich protestantische Stimmen der Ereignisse an und rekonstruierten aus ihrem Ablauf eine maßgebliche, wenn nicht hauptamtliche Beteiligung Anzers an der Besitzergreifung von Kiautschou. Der Bischof habe das Deutsche Reich für seine Mission engagiert, statt mit evangelischen Mitteln das Reich Gottes auszubreiten. Die Aktion sei ein „diplomatischer Meisterzug“ gewesen, eine Desavouierung der fundamentalsten Grundsätze christlicher Missionstätigkeit. Nicht nur habe Anzer sich politisch mißbrauchen lassen, seine in Berlin abgegebenen Erklärungen seien vielmehr die Hauptstimulantia zur Kiautschou-Aktion gewesen<sup>24</sup>.

Angesichts dieser Polemik mag Rankes Definition der historischen Methode, sie müsse sehen, wie es wirklich gewesen ist, zum Leitfaden werden: es gilt, die so evidente Kooperation Anzers mit der deutschen Regierung bei der Besetzung von Kiautschou auf das Ausmaß ihres kausalen Zusammenhangs hin zu untersuchen, d. h. nach rückwärts hin die Gründe für Anzers stimulierende Rolle einerseits und die Beanspruchung des Missionarmordes als Vorwand für die deutsche Festsetzung in China andererseits zu verfolgen.

Mit dem chinesisch-japanischen Krieg 1894/95 rückte das ostasiatische und speziell das chinesische Problem ins Rampenlicht der weltpolitischen Bühne, wurde zum „fait capital“<sup>25</sup> des ausgehenden Jahrhunderts. Angesichts des allgemeinen Wettrennens der Großmächte, sich in China eine wie auch immer geartete Position zu verschaffen, gab es für Deutschland, wollte es sich an Weltpolitik und Welthandel beteiligen, keine andere Alternative, als sich unter die Wettläufer zu mischen und sich bei der

<sup>22</sup> Vgl. die Besitzergreifungsproklamation des Admirals von Diederichs bei A. J. IRMER: *Die Erwerbung von Kiautschou 1894 bis 1898* (Diss. Köln 1930), 5.

<sup>23</sup> RT Bd. 159, 3

<sup>24</sup> Vgl. Ph. HORBACH: *Offener Brief an Herrn Bischof von Anzer über die Stellung der Mission zur Politik, zugleich eine Denkschrift an die deutsche Regierung* (Gütersloh 1900); G. WARNECK: *Politik und Mission in China. Allgemeine Missionszeitschrift 25* (Berlin 1898); Ders.: *Die chinesische Mission im Gerichte der deutschen Zeitungspressen*, ebd. 27 (Berlin 1900); Ders.: *Die christliche Mission und die überseeische Politik* (Berlin 1901)

<sup>25</sup> Pinon-Marcillac, a. a. O., 5.

„Fellverteilung des großen chinesischen Bären“<sup>26</sup> seinen Anteil zu sichern. Waren bei Wilhelm II. selbst prestigepolitische Motive vorherrschend, nämlich der Gedanke, sich mit einem Überraschungscoup in die Reihe der Großen hochzuspielen und die Etikette des weltpolitischen „Parvenu“ abzuschütteln, so stellten seine Freunde von Militär und Marine ihm den Erwerb eines ostasiatischen Stützpunkts als unerlässlich in militärisch-maritimer wie handelspolitischer Hinsicht vor Augen. Die Stützpunktpläne, mittlerweile auch vom Auswärtigen Amt gebilligt und von der konservativen Presse kräftig unterstützt<sup>27</sup>, wurden zum ausschlaggebenden Argument für Deutschlands Einspruch gegen das japanische Friedensdiktat von Shimonoseki zugunsten Chinas. Wilhelm II. wies in einem Telegramm vom 31. August 1895 den Reichskanzler Hohenlohe an: falls Rußland sich als Kompensation für seine China in Shimonoseki geleisteten guten Dienste einen Hafen in Korea aneignen sollte, möge Deutschland sich „möglichst harmlos in den Hafen von Weihai-wei hineinmogeln und ihn besetzen“; eine solche Aktion würde dem freudig begeisterten deutschen Volk einen vorzüglichen Eindruck machen und „das Selbstgefühl der Nation wesentlich heben“! Ein „fait accompli“ würde zudem von anderen Staaten immer mehr respektiert als Rekrimationen<sup>28</sup>.

Die Realisierung der Erwerbspläne verzögerte sich einmal durch die mangelnde Bereitschaft Chinas zu territorialen Zugeständnissen, zum anderen wegen der Uneinigkeit auf deutscher Seite in bezug auf die Ortswahl. Zur Diskussion standen Amoy, Quemoy, der Tschusan-Archipel und die Kiautschou-Bucht. Gegen Amoy sprach sein Status als Vertragshafen, Quemoy war wenig entwicklungsfähig und die Tschusan-Inseln mit britischem Vorbehalt belastet<sup>29</sup>. Blieb Kiautschou, für das gewichtige Persönlichkeiten eintraten: als Geograph Ferdinand von Richthofen, als Politiker der ehemalige Gesandte von Brandt, als

<sup>26</sup> A. FREITAG: *Die neue Missionsära* (Kaldenkirchen 1953), 20

<sup>27</sup> Vor allem von der *Kreuzzeitung*, die 1897, nach der Besitzergreifung von Kiautschou, schrieb: „Wir haben gegen die Aktion unserer Regierung nur den einen Einwand zu erheben, daß sie außerordentlich spät erfolgt. Der richtige Zeitpunkt war der Sommer 1895, da nach dem Frieden von Shimonoseki Rußland und Frankreich ohne viel Geräusch ihren Preis holten... Seit dem Januar 1895 hat die *Kreuzzeitung* ... diesen Standpunkt mit Nachdruck vertreten und ist seither stets darauf zurückgekommen. Kohlenstation und befestigter Hafen, das war unser *ceterum censeo* seit bald drei Jahren.“ Zit. nach *Deutsche Weltpolitik* in China und die Flottenvorlage. *Historisch-politische Blätter* Bd. 121 (München 1898), 148

<sup>28</sup> Nach Ch. HOHENLOHE: *Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit* (Stuttgart 1931), 95; vgl. ferner *Die Große Politik der europäischen Kabinette* (= GP) 14,1, Nr. 3648

<sup>29</sup> Vgl. O. Franke: *Die Großmächte in Ostasien von 1894—1914* (Braunschweig 1923), 126 f.

Marinefachmann von Tirpitz<sup>30</sup>. Als Vorteil am Rande — „nebenher“ — erschien in einer Aufzeichnung des stellvertretenden Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, von Rotenhan, am 9. September 1895 auch die bessere Schutzmöglichkeit der katholischen Mission in Shantung, das bei der Erwerbung von Kiautschou an Deutschland fallen würde<sup>31</sup>.

Nachdem Kiautschou einmal als zu erwerbender Stützpunkt konzipiert war, galt es, einerseits sich der russischen Zustimmung zu vergewissern<sup>32</sup>, andererseits einen Anlaß für die Besitzergreifung zu finden. Der Gedanke, diesen in missionarischen Verhältnissen zu suchen, lag nicht fern, wie sich aus einer Notiz des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt, Klehmet, vom 28. November 1896 ergibt: „Auf Vorwände werden wir aller Voraussicht nach nicht allzu lange zu warten haben. Auch in den letzten Jahren hätten sich mehrfach, zum Beispiel in den Verhältnissen unserer Missionare . . ., Anlässe zum Vorgehen gefunden. Von der Benutzung solcher Anlässe hat bisher lediglich deshalb abgesehen werden müssen, weil die Marine . . . mit ihren . . . schwierigen Erwägungen über die Frage des zu wählenden Platzes noch nicht zu einem sicheren Ergebnis gekommen war“<sup>33</sup>.

Der deutsche Gesandte in Peking, Schenk zu Schweinsberg, hatte ebenfalls als Vorwand „die Verschleppung der Erledigung der Beschwerden unserer katholischen Missionare“ angeraten<sup>34</sup>.

Anzer ließ nicht nur durchblicken, daß ein weiteres Zögern der deutschen Regierung ihn gezwungenermaßen wieder unter die französische Protektion treiben würde, er gab sich auch als uneigennütigen Patrioten, dem eine Festigung des durch die laue Politik in der Stützpunktfrage gesunkenen deutschen Prestiges in Ostasien sehr am Herzen lag: Es sei der letzte Augenblick für das Deutsche Reich, in Asien überhaupt noch zu einem Besitz zu gelangen. Dieser könne aber nur Kiautschou sein, weitaus der beste und entwicklungsfähigste Stützpunkt in jeder Hinsicht<sup>35</sup>.

<sup>30</sup> Über die Vorverhandlungen bzgl. der Ortswahl vgl. GP 14,1, Nr. 3650, 3665; F. VON HOLSTEIN: *Geheime Papiere I* (Göttingen 1956), 179; F. LEUTWEIN: *Kiautschou. Dreißig Jahre Deutsche Kolonialpolitik* (Berlin 1922), 238 und 247; W. LOHMANN: *Denkwürdige Tage aus der deutschen Marine-, Kolonial- und Seekriegsgeschichte* (Berlin 1928), 229; A. VON TIRPITZ: *Erinnerungen* (Leipzig 1920), 61 f.; W. VON TIRPITZ: *Kiautschou. Deutschlands Weg zur Kolonialmacht* (Berlin 1934), 80; WILHELM II.: *Ereignisse und Gestalten 1878—1918* (Berlin 1922), 55

<sup>31</sup> Vgl. GP 14,1, Nr. 3650

<sup>32</sup> Der russische Außenminister Murawiew und der russische Gesandte in Peking Cassini hielten deutschen Ansprüchen auf Kiautschou russische Rechte auf das Gebiet aus den Jahren 1895/96 entgegen. Vgl. W. LANGER: *The Diplomacy of Imperialism* (New York 1956), 450 f

<sup>33</sup> GP 14,1, Nr. 3669

<sup>34</sup> Vgl. ebd., Nr. 3662.

<sup>35</sup> Vgl. ebd., Nr. 3694, Anmerkung

Der ersehnte Zwischenfall „in den Verhältnissen unserer Missionare“ trat mit dem Mord an den beiden Steyler Patres am 1. November 1897 programmgemäß ein<sup>36</sup>. Man muß den kaiserlichen Verlautbarungen im Anschluß an den Zwischenfall nachgehen, will man ein anschauliches Bild deutscher imperialistischer Denk- und Aktionsweise und ihrer kompensatorischen Überlautstärke — der französische Orientalist *Cordier* nennt sie „plus pompeux qu'agressif“<sup>37</sup> — bekommen. Der Zusammenhang der katholischen Mission mit der deutschen Expansion nach China ist eher in diesen imperialistischen Reden als in den eigentlichen „Taten“ zu suchen.

Am 6. November, nachdem er die Nachricht von der Ermordung der Missionare erfahren hatte, schrieb Wilhelm II. an das Auswärtige Amt: „Hierfür muß ausgiebige Sühne durch energisches Eingreifen der Flotte geschafft werden. Das Geschwader muß augenblicklich nach Kiautschou fahren, dort befindliche chinesische Ortschaft besetzen und mit schwersten Repressalien drohen... Ich bin fest entschlossen, unsere hypervorsichtige... Politik nunmehr aufzugeben und mit voller Strenge und wenn nötig mit brutaler Rücksichtslosigkeit den Chinesen gegenüber endlich zu zeigen, daß der Deutsche Kaiser nicht mit sich spaßen läßt und es übel ist, denselben zum Feind zu haben“<sup>38</sup>. An den Staatssekretär des Äußeren, von Bülow, schrieb er einen Tag später: „Also endlich haben uns die Chinesen den... so lang ersehnten Grund und ‚Zwischenfall‘ geboten.“ Die Besorgnis des Zaren bzgl. negativer Folgen für das Ansehen des Westens in China teile er nicht. „Tausende von deutschen Christen werden aufatmen, wenn sie des Deutschen Kaisers Schiffe in ihrer Nähe wissen, Hunderte von deutschen Kaufleuten werden aufjauchzen, in dem Bewußtsein, daß endlich das Deutsche Reich festen Fuß in Asien gewonnen hat, Hunderttausende von Chinesen werden erzittern, wenn sie die eiserne Faust des Deutschen Reiches schwer in ihrem Nacken fühlen werden, und das ganze Deutsche Volk wird sich freuen, daß seine Regierung eine mannhaftige Tat getan... Möge die Welt aber aus diesem Vorfall ein für alle Mal die Moral ziehen, daß es bei mir heißt: ‚Nemo me impune lacessit‘“<sup>39</sup>.

Als am 15. Dezember 1897 aus St. Petersburg die Nachricht kam, die russische Regierung gebe den Widerstand gegen die deutsche Festsetzung in Kiautschou auf und nehme sich als Kompensation Port Arthur, fühlte sich Wilhelm II., von einem Alpdruck befreit, zu neuen Drohungen gegen China ermutigt und verabschiedete in Kiel seinen mit einem Geschwader

<sup>36</sup> Einem kommunistischen Autor ging der Mord allzu programmgemäß vor sich, so daß er sich bemüßigt fühlt, zwischen den Zeilen eine „gelenkte“ Provokation der Mörder durchblicken zu lassen. Vgl. A. S. JERUSSALIMSKI: *Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts* (Berlin 1954), 508

<sup>37</sup> a. a. O. III, 352

<sup>38</sup> GP 14,1, Nr. 3686

<sup>39</sup> Ebd., Nr. 3690

nach Kiautschou gehenden Bruder Heinrich mit der Weisung: „... und sollte je einer es unternehmen, uns an unserem guten Rechte zu kränken, dann fahre darein mit gepanzerter Faust“<sup>40</sup>. Der Dank des Prinzen war nicht minder tönend: was ihn locke, sei, „das Evangelium Euer Majestät geheiligter Person im Ausland zu künden, zu predigen jedem, der es hören will, und auch denen, die es nicht hören wollen“<sup>41</sup>.

An Bülow schrieb Wilhelm II. zum Jahreswechsel: „Ich bin ganz beside myself vor Glück! Sie haben sehr recht, wenn Sie bemerken, wie groß die Hilfe und die Gnade des Herrn für uns gewesen ist, ohne sie wäre es nicht gelungen. Aber weil es um des Kreuzes willen geschah, darum war Er mit uns... A good innings! Im übrigen: In hoc signo vinces!“<sup>42</sup>

Dem Zaren lohnte Wilhelm II. am 4. Januar 1898 die Zustimmung durch die Übersendung eines von ihm selbst gemalten Bildes: „Möchtest Du freundlichst eine Zeichnung annehmen, die ich für Dich entworfen habe, mit den symbolisierenden Gestalten Rußlands und Deutschlands als Schildwachen am Gelben Meer zur Verkündigung des Evangeliums der Wahrheit und des Lichtes im Osten. Ich habe die Skizze in der Weihnachtswoche unter dem Glanz der Kerzen des Weihnachtsbaums gezeichnet“<sup>43</sup>. Schon am 19. Dezember 1897 hatte der Kaiser dem Zaren in einem Gratulationsschreiben zur russischen Festsetzung in Port Arthur die Kooperation in der Schutzherrschaft über das Christentum in Ostasien vorgeschlagen: „Rußland und Deutschland am Eingang des Gelben Meeres mögen dargestellt werden als St. Georg und St. Michael, die das Heilige Kreuz im Fernen Osten beschützen und die Eingangstore zum Kontinent bewachen“<sup>44</sup>.

Die Vorstellung von Kreuzfahrermentalität — „Deus vult“<sup>45</sup> — drängt sich unwillkürlich angesichts der kaiserlichen Äußerungen über Deutschlands fernöstliche Mission auf. Vordergründig gesehen, schien diese in der Tat vornehmlich religiöse Aspekte zu haben. In der Kieler Rede vom 15. Dezember 1897 hatte Wilhelm II. den Schutz der Missionare geradezu als Hauptmotiv für die Festsetzung in China formuliert: „Die deutschen Brüder kirchlichen Berufs, die hinausgezogen sind zu stillem Wirken, und die nicht gescheut haben, ihr Leben einzusetzen, um unsere Religion auf fremdem Boden, bei fremdem Volke heimisch zu machen, haben sich unter Meinen Schutz gestellt, und es gilt, diesen mehrfach gekränkten und auch oft bedrängten Brüdern für immer Halt und Schutz zu verschaffen“<sup>46</sup>.

Segenstelegramme des Kardinals K o p p / Breslau und des Erzbischofs Stablewski / Posen mit Wünschen für das Gelingen der Reise des

<sup>40</sup> Zit. nach Deutsche *Weltpolitik* in China, 151

<sup>41</sup> Zit. nach B. VON BÜLOW: *Denkwürdigkeiten* (Berlin 1930), 205.

<sup>42</sup> Zit. ebd., 210

<sup>43</sup> *Briefe an den Zaren*, hg. W. Goetz (Berlin 1921), 45

<sup>44</sup> GP 14,1, Nr. 3739

<sup>45</sup> KÜ HUNG-MING: *Chinas Verteidigung gegen europäische Ideen* (Jena 1921), 2

<sup>46</sup> Zit. nach *Germania*, 17. Dezember 1897

Prinzen Heinrich<sup>47</sup> legten den Gedanken einer kirchlichen Sanktion nahe und verstärkten den Eindruck, daß der deutsche Kaiser das Schwert Karls des Großen gezogen habe zur Verteidigung seiner Missionare<sup>48</sup>.

In einem Gottesdienst in Kiautschou, in Gegenwart des Prinzen Heinrich und seiner Mannschaft, vermischte ein übereifriger Prediger die religiösen und politischen Motive der deutschen Festsetzung in China in noch naiver Weise: Es sei zwar nicht christlich, für die Ermordung der Missionare Rache zu nehmen. Aber diese „kleine Veranlassung“ scheinere offensichtlich „im Plan der göttlichen Vorsehung zu liegen, um den tausendjährigen Widerstand Chinas gegen das Christentum endgültig zu brechen“. Er — der Prediger — begrüße „in allen Helden und Kriegerndes deutschen Vaterlandes ebenso viele Missionare und Streiter gegen den Drachen, den Teufel...“ Die Missionare bedürften bei ihrem Werk eines stärkeren Armes als sie tatsächlich hätten; denn die Geschichte beweise, „daß nur da Erfolge in größerem Maßstab für die Christianisierung der Völker erzielt würden, wo der weltliche Arm der Kirche sein Schwert geliehen.“ Der deutsche Kaiser habe nun eine solche Initiative ergriffen und ganz im Sinne seines „schönen Wortes“ gehandelt: „Völker Europas, wahrte eure heiligsten Güter!“<sup>49</sup>

Angesichts dieser — zumindest phraseologisch — so evidenten weltanschaulichen Übereinstimmung fragt es sich, wieviel an realer Interessenskoizidenz dahinter stand.

Schon während des dreijährigen Vorspiels zu „Kiautschou“ hatten sich die Motive auf Regierungsseite deutlich abgezeichnet: Deutschland brauche aus kommerziellen, militärischen und prestigepolitischen Gründen in China seinen „Platz an der Sonne“. Auf diese drei Argumente liefen auch alle nach der Besitzergreifung im Reichstag abgegebenen Regierungserklärungen hinaus. Die missionarischen Angelegenheiten, speziell die Ermordung der beiden Steyler Patres, erschienen in ihnen lediglich als Anlaß. Der Schutz der Missionare fand allenfalls seine Erwähnung als Erfüllung einer einmal übernommenen Pflicht, wenn diese auch als Ehrenpflicht bezeichnet wurde<sup>50</sup>. Die Missionare wurden zwar bzgl. der zu

<sup>47</sup> Vgl. PINON-MARCILLAC, a. a. O., 107. — Für die Verfasser sind die Telegramme der evidente Beweis für das Zusammengehen der katholischen Kirche mit der deutschen Regierung in der Chinafrage und gewissermaßen die „Taufe“ der *Neuen Ära*.

<sup>48</sup> Vgl. A. KANNENGIESER: *Les missions catholiques. France et Allemagne* (Paris 1900), 30

<sup>49</sup> Inhaltliche Wiedergabe der Predigt des Pater Erlemann SVD im *Michaelskalender* Jg. 20, 1899, Sp. 198 ff. — Das „schöne Wort“ ist die Beschriftung einer Skizze Wilhelms II. zum Problem der *Gelben Gefahr*. Vgl. H. GOLLWITZER: *Die Gelbe Gefahr* (Göttingen 1962), 206 f

<sup>50</sup> Vgl. Bülow im Reichstag am 8. Februar 1898: „Die Entsendung unseres Kreuzergeschwaders nach Kiautschou war ... nicht eine Improvisation, sondern ... das Ergebnis reichlicher Erwägung und Abwägung aller Verhältnisse... Wir waren uns schon vorher nicht im Zweifel darüber, daß wir in Ostasien einen

stellenden Sühneforderungen konsultiert sofern es sich um ihre Belange handelte<sup>51</sup>, an der Formulierung der territorialen und wirtschaftlichen Forderungen waren sie nicht beteiligt, zeigten sogar einige Bestürzung über die Verquickung ihrer Angelegenheiten mit rein materiellen Interessen<sup>52</sup>. Im Pachtvertrag vom 6. März 1898, in dem China dem Deutschen Reich auf 99 Jahre alle Rechte über das Gebiet von Kiautschou abtrat, fand die Mission überhaupt keine Erwähnung mehr<sup>53</sup>, hatte lediglich noch als Druckmittel für seinen beschleunigten Abschluß gedient<sup>54</sup>.

Es bleibt festzuhalten: Die deutsche Expansion nach China war vor dem Missionszwischenfall beschlossene Sache. Ausschlaggebend waren politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte. Daß die Aktion dennoch zu einer Art christlichen Kreuzzugs gegen die gelbe Rasse wurde, lag haupt-

territorialen Stützpunkt brauchten. Ohne einen solchen würden wir dort in wirtschaftlicher, maritimer und in allgemeiner politischer Hinsicht in der Luft schweben... Außer der allgemeinen Pflege unserer politischen und wirtschaftlichen Interessen in Ostasien liegt uns dort auch der Schutz der... Missionare ob... nachdem das Reich den Schutz über die christliche und katholische Mission in Shantung übernommen hat, und wo wir die Ausübung dieses Schutzes nicht allein als eine Pflicht betrachten, sondern auch als eine Ehre...“ RT Bd. 160, S. 894 f. — In der Thronrede Wilhelms II. am 6. Mai 1898 erschien die Missionsfrage nunmehr als Anlaß zur Kiautschou-Aktion: „Die Aktion, zu welcher Ich Mich genötigt sah, einen Teil Meiner Kriegsflotte nach Kiautschou zu entsenden, um für das vergossene Blut deutscher Missionare gerechte Sühne zu heischen, hat Mich in den Stand gesetzt, den langehegten Wunsch nach einem kommerziell entwicklungsfähigen und militärisch gesicherten Stützpunkt in Ostasien... zur Erfüllung zu bringen.“ RT Bd. 161, S. 2232. Vgl. ferner E. REVENTLOW: *Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914* (Berlin 1918), 112 f

<sup>51</sup> Die Missionare verlangten und erhielten: 1. Bestrafung der Mörder und Absetzung des Gouverneurs von Shantung sowie Entfernung von sechs weiteren Mandarinen aus der Provinz; 2. eine Geldentschädigung von 3000 Tael; 3. sieben Wohnhäuser für die Missionare und drei Sühnekirchen, letztere versehen mit je einer kaiserlichen Schutztafel. Vgl. AUF DER HEIDE, a. a. O., 281; *Germania*, 26. Januar 1898

<sup>52</sup> Vgl. HENNINGHAUS, a. a. O., 381 f. — Die missionarischen Sühneforderungen (s. Anmerkung 51) hatte, da Anzer sich noch in Europa befand, sein Stellvertreter Freinademetz gestellt. Was darüber hinaus von der deutschen Regierung gefordert wurde — Pacht der Kiautschoubucht, Eisenbahn- und Bergwerkskonzessionen — hatte, so schreibt Henninghaus, „mit der Sühne für den Missionarmord höchstens einen nur äußerlichen Zusammenhang. Meines Wissens sollten dieselben eine Kompensation sein für den Beistand, welchen Deutschland nach dem Frieden von Shimonoseki... zugunsten Chinas geleistet hatte... Ob es für das Wohl der Mission gut war, daß die Sühneforderungen so hoch gestellt... wurden, ist eine Frage, deren Beantwortung jetzt, *post factum*, nicht viel praktischen Wert hat. Jedenfalls haben diejenigen nicht unrecht, welche es als einen Schaden für die Mission betrachten, wenn sie als ein der Politik dienender Faktor erscheint.“

<sup>53</sup> Vgl. den Vertragstext bei LOHMANN, a. a. O., 49 f; vgl. ferner A. ZIMMERMANN: *Geschichte der deutschen Kolonialpolitik* (Berlin 1914), 229

<sup>54</sup> Vgl. E. VON HEYKING: *Tagebücher aus vier Weltteilen 1886/1904* (Leipzig 1926), 249

sächlich an den bombastischen Demonstrationen Wilhelms II. und seiner Vorliebe für Dramatisierungen, wozu ihm der Mord an den Missionaren reichlich Stoff bot. Wie Cordier es ausdrückt: „C'était faire beaucoup de tapage pour enfoncer une porte ouverte!“<sup>55</sup>

Daß Anzer, dem der Gedanke, im Fernen Osten eine politische Rolle für Deutschland spielen zu können, sicher nicht fernlag, sich in der Kiautschou-Angelegenheit zum Sekundanten Wilhelms II. machte, mußte den Eindruck engen Zusammengehens von Politik und Mission hervorrufen<sup>56</sup>.

Bei der Frage nach dem Ausmaß der Verquickung deutscher offizieller und missionarischer Interessen in China ist bisher ein Komplex noch nicht zur Sprache gekommen, der zumindest wegen der interessanten Schlaglichter, die er auf imperialistische Propagandamanöver und ihre politische Wirksamkeit wirft, noch kurz Erwähnung finden soll: der Zusammenhang der chinesischen Missionsfrage mit der Politik Wilhelms II. gegenüber dem deutschen Katholizismus.

In der Order Wilhelms II. an das Auswärtige Amt, vom 6. November 1897, in der die Anweisung zur alsbaldigen Besetzung von Kiautschou gegeben wurde, tauchte u. a. als Begründung der Aktion auf: „Es ist das energische Auftreten umso mehr geboten, als ich dadurch meinen katholischen Untertanen inklusive der Ultramontanen von neuem beweisen kann, daß mir ihr Wohl genauso am Herzen liegt und sie ebenso auf meinen Schutz rechnen können als meine übrigen Untertanen“<sup>57</sup>.

Dem Zaren gegenüber äußerte sich der Kaiser: „Ich bin der katholischen Partei in Deutschland gegenüber verpflichtet zu zeigen, daß ihre Missionen unter meinem Protektorat wirklich sicher sind“<sup>58</sup>. Und in seinen *Ereignissen und Gestalten* schrieb er rückblickend: „Die ganze deutsche katholische Welt, besonders die ‚Kolonialen‘ in der Zentrumspartei, verlangten energische Maßnahmen“<sup>59</sup>.

<sup>55</sup> a. a. O. III, 352

<sup>56</sup> Anzer machte noch einmal von sich reden zu Beginn der Boxerunruhen, da Stimmen laut wurden, die die Berechtigung des Schutzes der chinesischen Christen durch die westlichen Mächte in Zweifel zogen und solche Stimmen sich auch in Deutschland vernehmen ließen. Nicht nur wurde Anzer im Auswärtigen Amt und bei Wilhelm II. vorstellig mit dem Ansinnen, man möge sich der durch die Boxer bedrängten Christen und Missionare annehmen, denn das Deutsche Reich habe letzten Endes durch die Besitzergreifung von Kiautschou das Signal zu den Unruhen gegeben, er wandte sich auch, unterstützt vom Leiter der Steyler Gesellschaft, Janssen, an die Zentrumsfraktion in dieser Angelegenheit, damit sie sich im Reichstag ihrer annähme. Im März 1900 erhielt Anzer durch Bülow die Zusicherung, daß das Deutsche Reich auch in Zukunft seinen Protektionspflichten den chinesischen Christen gegenüber in vollem Umfange nachkommen werde. Vgl. ANZER: Neujahrsgruß, *Katholische Familienblätter* 1900 Nr. 5, 6; AUF DER HEIDE, a. a. O., 247 und 299; HENNINGHAUS, a. a. O., 461 ff; Fischer, a. a. O., 293 f

<sup>57</sup> GP 14,1, Nr. 3686

<sup>58</sup> Ebd., Nr. 3690

<sup>59</sup> a. a. O., 57

Ähnlich drückte sich später auch Bülow in seinen *Denkwürdigkeiten* aus: „... die ruchlose Ermordung deutscher Missionare und gerade katholischer Missionare“ habe man sich unmöglich gefallen lassen können, allein schon „aus Gründen der inneren Politik“ nicht <sup>60</sup>.

Sicherlich kam Wilhelm II., dem der Ausgleich mit den Katholiken am Herzen lag, die Kiautschou-Aktion als Sympathieumgebung für den Katholizismus sehr gelegen. Darüber hinaus hatte sie aber ganz aktuelle Bezugspunkte und bot effektvollen Propagandastoff, um das Zentrum — im Reichstag das Zünglein an der Waage — für das Ende November 1897 eingebrachte Flottengesetz zu gewinnen <sup>61</sup>.

Es wird eine Anekdote überliefert, nach der Wilhelm II. Anzer in einer Audienz am 17. November 1897 sein Bild überreicht habe, auf dem geschrieben stand: „Tamen“. Nach Auslegung der *Münchener Neuesten Nachrichten* habe das geheißen: „Obwohl das Centrum mir die Marinekreuzer versagte <sup>62</sup>, schicke ich dennoch zum Schutz deutscher Missionare Schiffe nach China“ <sup>63</sup>.

Selbst wenn dieses „Histörchen“ nur eine journalistische Sensationsmeldung gewesen wäre, der Gedanke als solcher, die Kiautschou-Aktion als eine Art „moralischen Zwangs“ im Hinblick auf die Haltung des Zentrums in der Flottenfrage zu interpretieren, scheint den Zeitgenossen geläufig gewesen zu sein. Wie Pinon-Marcillac es formulieren: Der Kaiser gebe sich nach außen als Vorkämpfer des Katholizismus und Beschützer der Mission, um im Inneren das Zentrum seinen Flottenplänen zu verpflichten <sup>64</sup>.

Tatsächlich zeigte das Zentrum immer mehr Neigungen, der Flottenvorlage zuzustimmen mit der Begründung, es habe die überseeische Politik von jeher unter dem Gesichtspunkt der Missionierung unterstützt und die Ereignisse in Kiautschou sowie „neue Hoffnungen für... die Missionen“ hätten die Opferwilligkeit für die Marine gesteigert <sup>65</sup>.

<sup>60</sup> a. a. O., 185

<sup>61</sup> Einzelheiten über das Flottengesetz bei C. OLDENHAGE: *Die deutsche Flottenvorlage von 1897 und die öffentliche Meinung* (Diss. Gütersloh 1935), 19

<sup>62</sup> Im Frühjahr 1897 hatte das Zentrum eine Flottenvermehrung abgelehnt.

<sup>63</sup> Zit. nach *Germania*, 25. Dezember 1897

<sup>64</sup> Vgl. a. a. O., 93. — Ähnlich äußerte sich Bebel am 23. November 1900 im Reichstag anlässlich der Diskussion um das zweite Flottengesetz: „... der Herr Reichskanzler ist so sehr auf die Unterstützung des Zentrums angewiesen, und das Zentrum hat so notwendig, seine Haltung in der Kolonialpolitik seinen Wählern... dadurch verdaulich und genießbar zu machen, daß man das Hauptgewicht auf die Missionstätigkeit legt und auf die Unterstützung, die das Reich dem Missionswesen zu Teil werden läßt, daß nur dadurch ein Zusammengehen des Zentrums und der Reichsregierung in der Kolonialfrage möglich ist... Der Reichskanzler weiß genau, was er am Zentrum hat, und das Zentrum weiß genau, was es am Reichskanzler hat. Das ist das politische Handelsgeschäft...“ RT Bd. 179, 116

<sup>65</sup> So die partei-offizielle *Zentrums-Korrespondenz*. Hier nach OLDENHAGE, a. a. O., 74; vgl. ferner *Germania*, 2. März 1898

In der Presse liefen Andeutungen um, nach denen der Vatikan das Zentrum — hauptsächlich durch Anzer und Kopp — habe wissen lassen, seine Opposition gegen die Flottenvorlage sei wegen des wirksamen Schutzes, den das Deutsche Reich den katholischen Missionen zukommen lasse — Kiautschou habe es wieder bewiesen —, ungerechtfertigt<sup>66</sup>.

Die protestantische *Christliche Welt* sah sich angesichts dieser päpstlichen Einmischung in deutsche Angelegenheiten geradezu ins Mittelalter zurückversetzt. Wie damals versuche der Papst auch jetzt wieder „mit einem kleinen Umwege die Macht des Reiches in den Dienst der kirchlichen Propaganda zu stellen“. Hier liege der Schlüssel für die „Bewilligungslust“ des Zentrums<sup>67</sup>. Am 5. Januar 1898 dementierte die *Germania* jeglichen Druck des Vatikans auf die Zentrumsabgeordneten bzgl. der Flottenfrage. Gegenteilige Verlautbarungen seien aus Gründen der Propaganda „in politischen Kreisen Berlins ventilirt worden“.

Mag auch im einzelnen die Einflußnahme des Vatikans in der Flottenfrage aus verständlichen propagandistischen und konfessionellen Gründen überdimensional gesehen worden sein, von der Hand zu weisen ist sie nicht. Wenn das Zentrum aber irgendeinem Druck gewichen ist, so vornehmlich dem der eigenen weltanschaulichen Konzeption. Wie sich seine Haltung innenpolitisch in der Hauptsache von Schul- und Kirchenfragen her bestimmte, so traten im Hinblick auf die überseeische Politik die Missionsangelegenheiten in den Vordergrund: Die Förderung der religiösen Mission wie ihrer kulturellen Nebenbetätigungen war von jeher die vorherrschende Komponente im kolonialen Programm des Zentrums<sup>68</sup>.

<sup>66</sup> Vgl. *Frankfurter Zeitung*, 7. Januar 1898. Hier nach OLDENHAGE, a. a. O., 70; ferner Pinon-Marcillac, a. a. O., 110. — Von offizieller Seite scheint tatsächlich eine Beeinflussung des Zentrums über den Vatikan versucht worden zu sein. Bülow schrieb am Tag nach seiner Audienz bei Leo XIII. (15. November 1897) an Wilhelm II.: „Als der Papst Eurer Majestät Huld für Bischof Anzer berührte, benutzte ich diesen Anlaß, um ihm auseinanderzusetzen, wie notwendig in jeder Beziehung die von Eurer Majestät beschlossene Verstärkung unserer Flotte sei. Die Flottenverstärkung liege auch im Interesse des den katholischen Missionen zu gewährenden Schutzes, also der Ausbreitung der katholischen Kirche und des Ansehens des heiligen Vaters. Ich denke, damit wird eventuellen Intrigen, um den Papst gegen unsere Flottenvorlage einzunehmen, ein Riegel vorgeschoben sein.“ Zit. nach HOHENLOHE, a. a. O., 405. Nach Wilhelm II. habe Leo XIII. ihm schon 1893 versichert: „... er werde sich angelegen sein lassen, ... dem Zentrum ... auf das bestimmteste seinen Willen kundzutun. Die Loyalität gegen ihren Kaiser verlange er vor allem von ihnen. Diese ließe sich sehr gut vereinigen mit dem Wirken für die Kirche...“ *Diktat Wilhelms II. über seine Unterredung mit dem Papst Leo XIII.*, 23. April 1893. Zit. ebd., 610

<sup>67</sup> Jg. 1900, Nr. 30, 709

<sup>68</sup> Vgl. K. BACHEM: *Vorgeschichte und Politik der deutschen Zentrumsparterie V* (Köln 1929); E. KEHR: *Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894—1901* (Berlin 1930); H. PEHL: *Die deutsche Kolonialpolitik und das Zentrum 1884—1914*, (Limburg 1934); H. SPELLMEYER: *Deutsche Kolonialpolitik im Reichstag* (Stuttgart 1931); STREIT, a. a. O.

Der Komplex der Flottenfrage fügt sich vorzüglich in den propagandistischen Rahmen, in dem die Kiautschou-Aktion vor allem zu sehen ist. Wie August Bebel es am 8. Februar 1898 im Reichstag ausdrückte: „Meine Herren, dieser Mord, der an den beiden Missionaren verübt wurde, kam wieder einmal außerordentlich gelegen“<sup>69</sup>. Gelegen kam er tatsächlich, um stimmungsmäßig politisches Kapital aus ihm zu schlagen. Ein bloßer Zufall — eben der Missionarmord — war Anlaß, die chinesische Missionsfrage, das ostasiatische Stützpunktprojekt und die Flottenvorlage zu einem Gesamtkomplex zusammenzuschmieden und den Eindruck kausaler Zusammenhänge zu vermitteln.

Der politische Ertrag für das Deutsche Reich war, wenn auch fragwürdig, so doch nicht gering — wie der Londoner *Daily Chronicle* boshaft kommentierte: „Selten haben zwei Menschenleben dem ‚Vaterlande‘ so viel Vorteil gebracht“<sup>70</sup>.

Wilhelm II., Anzer, die Presse — sie alle spielten mehr oder weniger *fortissimo*, dabei in sachlicher Beziehung höchst unsolide und mißverständlich, auf dem propagandistischen Instrumentarium. Ein Minimum an wirklicher Kooperation und gemeinsamer Planung in der Kiautschoufrage bekam hochpolitische Dimensionen auf Grund propagandistischer Manipulationen — das ist der eigentlich missionspolitische Aspekt von „Kiautschou“.

#### IV. Abschließende Bemerkungen

Die Frage nach dem Ort, den die christliche Mission im Gesamtkomplex der imperialistischen Politik der Westmächte China gegenüber innehatte, ist vom Phänomen der chinesischen antichristlichen Bewegung des 20. Jahrhunderts her aufgegriffen worden. Es wurde versucht, die ideologischen und propagandistischen Vordergründe zu durchstoßen und die Beschuldigungen gegen die Mission als Interventionsinstrument des Westens in China auf das Maß ihrer historischen Sachgegebenheit hin zu untersuchen. Für die einzelnen westlichen Staaten — Frankreich, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, das Deutsche Reich —, an deren Beispiel der Verwobenheit imperialistischer und missionarischer Interessen in China nachgegangen wurde, ergaben sich unterschiedliche Ergebnisse. Der Begriff *Missionspolitik*, verstanden als Inanspruchnahme der Mission zu politischen und der Politik zu missionarischen Zwecken, trifft in seiner eigentlichsten Bedeutung nur auf Frankreich zu, für das das Missionsprotectorat die vornehmlichste Basis seiner ostasiatischen Politik darstellte. Den anderen Staaten waren zwar missionspolitische Praktiken durchaus geläufig, sie fanden auch bei Gelegenheit nachdrücklich Anwendung, ein im eigentlichen Sinn missionspolitisches Programm formulierte jedoch keiner von ihnen. Die Benutzung von Missionszwischenfällen

<sup>69</sup> RT Bd. 160, 900

<sup>70</sup> Zit. nach *Germania* 4. Dezember 1897

durch die Regierungen zur Ausdehnung der eigenen Einflußsphäre einerseits und die Beanspruchung des weltlichen Arms durch die Missionare in der Hoffnung auf größere Sicherheit und materielle Förderung andererseits waren eine politische Opportunitäts-, keine Prinzipienfrage. Missionspolitisch bedeutsamer als dieses Zusammengehen im praktischen politischen Handeln war die Konformität der Missionare mit der imperialistischen Bewegung und ihren jeweiligen patriotischen und nationalen Ausdrucksformen. Nationalismus, Patriotismus, Europäismus, Amerikanismus waren den Missionaren geläufige Denkkategorien, die sie als Kinder ihrer Zeit bejahten und für verbindlich hielten.

Das Mit- und Ineinander von Politik und Mission hat sich angesichts der afro-asiatischen Emanzipation als Dilemma erwiesen. Alle ehemaligen Kolonialländer betreiben heute der Mission gegenüber eine mehr oder weniger artikuliert Restriktionspolitik. In keinem dieser Länder ist aber die Fragwürdigkeit dieses Zusammengehens so evident zutage getreten wie in China.

Der Begriff *Imperialismus* ist heute nur noch eine schimpfwortartige Etikette, die die Schattenseiten einer Politik heraufbeschwört, deren Aktiva, nämlich Anstoß und Material zur Emanzipation der afro-asiatischen Völker geliefert zu haben und Vehikel ihrer Verselbständigung gewesen zu sein, einfach geleugnet werden. Ebenso wird der engen Verbindung von Mission und imperialistischer Politik die moralische oder affektische Bewertung von Schuld und Versäumnis zuteil. Eine „Gewissensforschung“ und Revision der Methode, gerade für die Seite der Mission, ist sicher unerlässlich, wie auf der anderen Seite die Politik des Westens den Schritt zur Partnerschaft vollziehen muß. Was aber in der Mitte des 20. Jahrhunderts als Versagen, als anmaßendes Machtstreben, als ausbeuterische Unterdrückung apostrophiert wird, hatte im Zeitalter des Imperialismus nicht dieselben schuldhaften Dimensionen. Die ethischen Impulse, die humanitär-missionarische Verpflichtung waren nicht zu unterschätzende Antriebe, die ernst genommen wurden. Daß das „Heil“ nicht nur in seiner westlichen Prägung zu finden ist, wurde dabei übersehen.

Mehr als in der praktischen Politik waren die europäischen und amerikanischen Missionare in dieser imperialistischen Ideologie engagiert, deren Überlegenheitsmentalität sie *bona fide* teilten. An der Integrität ihrer rein religiösen Intention ist nicht zu zweifeln. Die Solidarität mit der westlichen Politik war im Grunde genommen eine nur periphere. Der religiöse Kern als solcher wurde nicht betroffen, doch bot die Art seiner Darbietung Angriffsflächen für politische Verdächtigungen und Mißdeutungen.

Um den Blick wieder auf China zu lenken: Sobald eine aggressive Ideologie, eben die kommunistische, sich dieses in der Tat fragwürdigen, wenn auch, in seine historischen Vergangensdimensionen eingebaut, erklärlichen Verhältnisses von imperialistischer Politik und Mission

bemächtigt, bietet sich ihr Stoff genug, *Imperialismus* und *Mission* synonym zu setzen und die letztere als subtilere Erscheinungsform des ersteren auszudeuten.

Es besteht kein Zweifel, daß die Verquickung von Weltpolitik und Mission der kritischen Beleuchtung bedurfte und noch bedarf, um aktuelle Problemstellungen besser in den Blick zu bekommen. Aber es bleibt festzuhalten: beide Stränge waren in der imperialistischen Ära nicht zu trennen. Sicher wird in Zukunft, sobald die heute noch vorherrschenden Affekte und Ressentiments mehr in den Hintergrund getreten sind, auch auf seiten der betroffenen Völker die Wechselwirkung von imperialistischer und missionarischer Bewegung eine objektivere, emotionslosere Beurteilung finden.